

AUSGABE 8 | 2020

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Corona-Folgen verändern die
Innenstädte

Corona-Hilfen des Bundes sind
länger nötig

Nach Moria-Brand: Städtetag begrüßt
Flüchtlingsaufnahme

Ganztagsbetreuung für
Grundschulkindern erfordert mehr
Fachkräfte

AUS DEN STÄDTEN

Bundespräsident und Städtetag
im Dialog mit italienischen Städten

FORUM

Karlsruhe: Urbane Mobilität in Europa

FACHINFORMATIONEN

PERSONALIEN

Corona-Folgen verändern Innenstädte – Bund und Länder müssen Städtebauförderung ausbauen

Die Corona-Pandemie beschleunigt massiv den Trend zum Onlinekauf, gleichzeitig sinken die Umsätze in bestimmten Segmenten des stationären Einzelhandels rasant. Dieser aktuelle Wandel trifft besonders Innenstädte und Stadtteilzentren. Das besorgt und alarmiert viele Städte, machte der Deutsche Städtetag nach einer Präsidiumssitzung in Mannheim deutlich.

Städtetagspräsident Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, beschreibt die Situation so: „Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Katalysator: Sie forciert den Onlinehandel und könnte viele Einzelhändler zur Geschäftsaufgabe zwingen. Eine große Zahl der Kaufhäuser ist in den vergangenen Jahren geschlossen worden. Handelsketten, gerade mit Textilien, geben zunehmend Läden auf. Die Gastronomie verliert Kunden. Und Homeoffice macht einen Teil der Büroflächen womöglich überflüssig. Viele Einzelhändler und große Handelsketten warnen, dass sie ihre Mieten nicht mehr lange zahlen können.“



Foto: Michael Bader

„Leerstände in Fußgängerzonen und auf Einkaufsmeilen dürfen sich bundesweit nicht vermehrt ins Bild drängen.“

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Präsident des Deutschen Städtetages

Wir müssen jetzt handeln, um negative Dominoeffekte für das Umfeld zu verhindern. Geschäfte und Kaufhausfilialen brauchen schnell neue Nutzer. Deshalb fordern die Städte Bund und Länder auf, uns bei neuen, zukunftsfähigen Konzepten wirksam zu unterstützen.“

Deutscher Städtetag mit neuem Design

Der Deutsche Städtetag präsentiert sich ab sofort in einem vollständig überarbeiteten Erscheinungsbild. Dazu gehört das neue Logo des Verbandes, aber auch ein neu konzipierter Online-Auftritt und neu gestaltete Publikationen, wie dieses Heft. Ziel ist es, die Themen des Städtetages ansprechender, nutzerfreundlicher und zeitgemäßer darzustellen.

Deutscher Städtetag  Die Stimme der Städte



Pressekonferenz nach der Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetages in Mannheim mit (v.r.n.l.) Städtetagspräsident Burkhard Jung, Oberbürgermeister aus Leipzig, einem der stellvertretenden Präsidenten, Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner aus Heidelberg, und dem Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Mannheim, Dr. Peter Kurz. Foto: © Deutscher Städtetag / Thomas J. Rittelmann

Runder Tisch mit allen Beteiligten wichtig

Die Städte halten es für wichtig, dass alle relevanten Akteure miteinander beraten, wie die Innenstädte gestärkt werden können: Vertreter von Immobilien- und Wohnungswirtschaft, Mieterverbänden, Handel, Gastronomie, Handwerk, Kunst, Touristikverbänden, Bund und Kommunen. In diese Richtung geht ein Runder Tisch, zu dem der Bund für Anfang Oktober eingeladen hat.

„Wir stehen am Anfang eines längeren Prozesses zur Zukunft der Innenstadt. Für eine Lösung der aktuellen Probleme müssen wir ganzheitliche Konzepte entwickeln und alle Beteiligten einbinden. Die Zukunft der Innenstädte lässt sich nicht allein mit Hilfe der Digitalisierung neugestalten, auch wenn das ein wichtiges Thema ist, das wir gerne mit Bundeswirtschaftsminister Altmaier besprechen“, so Jung.

Städte wollen innovative Ansätze fördern

Die Städte wollen innovative Ansätze fördern, bei denen Gewerbe und Wohnen, kulturelle Vielfalt und wirtschaftliche Angebote in den Innenstädten und Stadteilzentren verträglich und erfolgreich zusammenspielen.

Jung: „Für innovative Innenstadtkonzepte sollte die Städtebauförderung von Bund und Ländern von derzeit 790 Millionen Euro jährlich deutlich aufgestockt werden. Mit diesem Instrument lassen sich Innenstädte besonders gut stabilisieren, wiederbeleben und weiterentwickeln.“

Bund und Länder sollten den Kommunen außerdem ermöglichen, relevante Schlüsselimmobilien vorübergehend zu erwerben, zum Beispiel aufgegebene Kaufhausfilialen. Dann können wir diese Immobilien für die Zentren neu entwickeln.“

Corona-Hilfen: Bund stärkt städtische Handlungsfähigkeit – für 2021 und 2022 sind weitere Milliarden nötig

Bund und Länder gleichen den Kommunen die in diesem Jahr durch die Corona-Pandemie verursachten Steuerausfälle aus. Ein entsprechendes Corona-Hilfspaket haben Bundestag und Bundesrat Mitte September 2020 verabschiedet. Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, lobte diese Entscheidung:

„Die von Bundestag und Bundesrat mit breiter Mehrheit verabschiedeten Corona-Hilfen stärken die Handlungsfähigkeit der Kommunen in der Krise. Der Ausgleich der drastischen Gewerbesteuerausfälle für 2020 durch Bund und Länder und die dauerhaft höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft sind echte Hilfen. Die Koalition und Bund und Länder haben damit ein großes Paket geschnürt. Das wissen die Städte sehr zu schätzen.“

Dedy verwies darauf, dass die Städte im laufenden Jahr noch gut investieren könnten, weil die Gewerbesteuerverluste aufgefangen werden. „Danach ziehen allerdings dunkle Wolken auf.“ Im nächsten Jahr fehlten bundesweit allein bei der Gewerbesteuer – der wichtigsten kommunalen Steuer – mehr als 6 Milliarden Euro. Deshalb fordert er

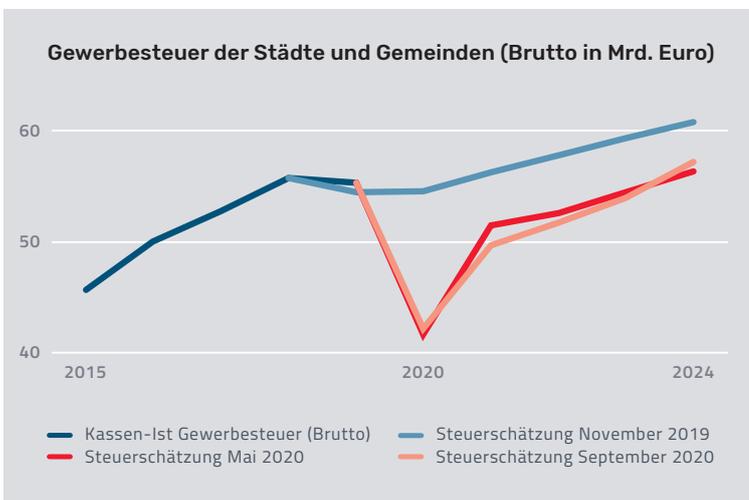
auch für 2021 und 2022 Hilfe von Bund und Ländern für die Städte. „Es geht darum, die Investitionskraft der Kommunen zu stärken, damit die Konjunktur wieder besser in Gang kommt“, so der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages.

Kommunen sind wichtigster öffentlicher Investor

Nur mit weiteren Milliardenhilfen von Bund und Ländern im nächsten und übernächsten Jahr, können die Städte mit zu einer schnellen wirtschaftlichen Erholung beitragen, ist Dedy überzeugt. „Die Kommunen sind der wichtigste öffentliche Investor, zwei Drittel der öffentlichen Bauinvestitionen stammen von uns. Es hilft deshalb dem ganzen Land, die Investitionskraft der Kommunen zu stärken. Die Städte müssen mit voller Kraft weiter in Schulen, Kitas oder Verkehr investieren können.“ Die Hälfte der öffentlichen Investitionen sind Aufträge der Kommunen. Im vergangenen Jahr waren das 32 Milliarden Euro. Wenn die Städte ihre Investitionen zusammenstreichen müssten, drohe ein schneller wirtschaftlicher Aufschwung ins Schlingern zu geraten.

Zentrale Ergebnisse der Steuerschätzung für die Städte und Gemeinden

Wie sehr die Corona-Pandemie die Finanzlage der Kommunen auch in den kommenden Jahren verschlechtert, zeigt die jüngste Steuerschätzung. Sie belegt auch, wie sehr die Investitionsfähigkeit der Kommunen bedroht ist, so Dedy anlässlich der Steuerschätzung am 10. September: „Die finanziellen Probleme der Kommunen im nächsten Jahr fallen noch dramatischer aus, als wir durch die Mai-Steuerschätzung befürchten mussten. Das war bei den Entscheidungen über das Konjunkturpaket noch nicht absehbar.“





Nach Moria-Brand: Städtetag begrüßt Kompromiss zur Flüchtlingsaufnahme

Städtetagspräsident Burkhard Jung hat den Beschluss der Bundesregierung gelobt, nach Griechenland geflüchtete Menschen in Deutschland aufzunehmen. Gegenüber der Funke Mediengruppe sagte er unmittelbar nach der Entscheidung der Koalition: „Deutschland setzt ein gutes Zeichen, ein Zeichen der Menschlichkeit. Viele Städte werden daran gerne mitwirken und vor Ort die geflüchteten Familien aufnehmen. Unser Land zeigt mit dem Beschluss der Koalition: Wir sehen die Not der Menschen und wollen sie lindern. Und wir wollen dazu beitragen, Griechenland zu unterstützen und unzumutbare Verhältnisse in der Europäischen Union zu verändern.“

Der Städtetagspräsident hatte vor der Einigung an die Bundesregierung appelliert, eine „mutige Entscheidung“ bei der Aufnahme von mehr Flüchtlingen aus dem zerstörten Lager Moria zu treffen und etwa gegenüber der Deutschen Presse-Agentur erklärt: „Viele deutsche Städte stehen bereit, sofort Menschen aus Moria aufzunehmen. Es geht hier um eine akute Notlage. Deshalb dürfen wir nicht zögern.“ Die Debatte um eine faire Verteilung von Flüchtlingen müsse jedoch unbedingt weitergeführt werden. Jung weiter: „Ich hoffe sehr, dass es während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gelingt, einen Durchbruch in der EU für eine Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems zu erzielen. Wir warten schon viel zu lange darauf, dass Europa eine dauerhafte und nachhaltige Lösung findet. Wir brauchen einen humaneren Umgang mit Flüchtlingen als in Moria.“



Foto: Laurence Chaperon

„Es geht darum, die Investitionskraft der Kommunen zu stärken, damit die Konjunktur wieder besser in Gang kommt.“

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen prognostiziert für die Städte und Gemeinden im Jahr 2020 Steuereinnahmen in Höhe von 103,5 Milliarden Euro und im Jahr 2021 dann 113 Milliarden Euro. Damit werden die kommunalen Steuereinnahmen 2020 um mehr als 14,2 Milliarden Euro unter den ursprünglichen Erwartungen vor Corona liegen. Für 2021 werden 8,9 Milliarden Euro weniger prognostiziert als ursprünglich angenommen. Damit fehlen den Kommunen noch weitere 2,4 Milliarden Euro im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung.

Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder ausbauen – mehr Fachkräfte und solide Finanzierung nötig

Die Städte drängen auf eine Ausbildungs-offensive für mehr Fachpersonal, damit ein starker Ausbau der Ganztagsbetreuung von Schulkindern gelingt. Der Deutsche Städtetag schlägt außerdem vor, den von Bund und Ländern geplanten Rechtsanspruch gestaffelt umzusetzen.

Der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Prof. Dr. Eckart Würzner, sagte nach einer Sitzung des Präsidiums in Mannheim: „Eltern und Kinder benötigen Betreuungsplätze mit qualifiziertem Personal und nicht nur ein politisches Versprechen durch einen Rechtsanspruch.“

Schon jetzt suchen die Städte händierend nach Erzieherinnen und Erziehern und Sozialpädagogen. Für den größten Teil der Grundschüler bis 2025 Betreuung in hoher Qualität anzubieten, ist faktisch unmöglich. Wir brauchen einen realistischen Zeitplan, ausreichend Geld und eine Ausbildungs-offensive für das pädagogische Personal. Sonst gelingt der Rechtsanspruch nicht. Dafür ist ein gewaltiger Kraftakt aller Beteiligten nötig.“

Die Städte befürworten den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder und halten den Rechtsanspruch für sinnvoll. Bund und Länder verhandeln aber derzeit ohne die Kommunen über die Finanzierung: „Die Städte müssen endlich mit an den Tisch, so wie es von den Koalitionspartnern versprochen wurde. Schließlich sollen die Städte den Rechtsanspruch vor Ort sicherstellen.“

Die Städte plädieren dafür, einen Rechtsanspruch gestaffelt nach Altersgruppen einzuführen. Würzner: „Wir schlagen vor, den Betreuungsanspruch frühestens 2025 für Schulkinder in der ersten Klasse einzuführen und dann mit den weiteren Schuljahren auszubauen.“

Auch über Betreuungszeiten müssen wir sprechen. Ein Angebot an allen Wochentagen bis in den späten Nachmittag hinein wird nicht überall gleich zu Beginn möglich sein.“ Viele Horte und Schulen müssten umgebaut, ausgebaut oder sogar neu gebaut werden.

Eine Million zusätzliche Plätze für Rechtsanspruch nötig

Zur Finanzierung meinte Würzner: „Bund und Länder sind in der Finanzierungspflicht für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie müssen die zusätzlichen Investitions- und Betriebskosten übernehmen.“ Für einen Rechtsanspruch werden rund eine Million zusätzliche Plätze gebraucht.

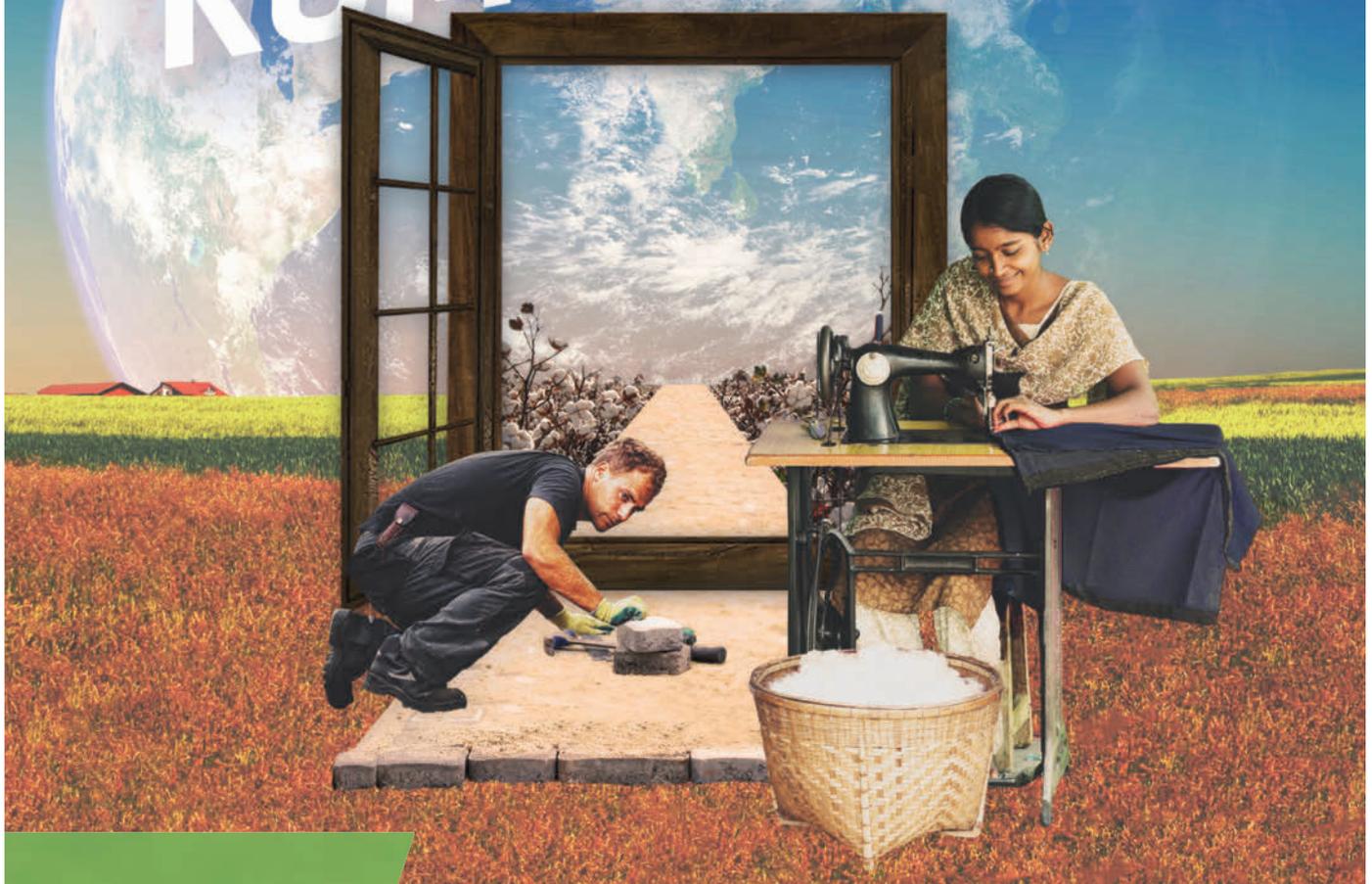
Nötig sind dafür Investitionen von 7,5 Milliarden Euro sowie die Finanzierung der jährlichen Betriebskosten von mindestens 4,4 Milliarden Euro. Die bisher vom Bund eingeplanten Mittel von 2 Milliarden Euro sowie die mit dem Konjunkturpaket zusätzlich für Kinderbetreuung in Aussicht gestellten 1,5 Milliarden Euro sichern davon nur einen Bruchteil.

„Beim Wechsel von der Kita zur Grundschule darf es für Familien keinen Bruch geben.“

Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
stellvertretender Präsident des
Deutschen Städtetages

Richtig wäre es, den Rechtsanspruch in den Schulgesetzen der Länder zu regeln. Denn Schule und Betreuung müssen Hand in Hand gehen. Dass die Bundesregierung den Rechtsanspruch im Jugendhilferecht und damit bei den Kommunen ansiedeln will, halten die Städte nicht für sinnvoll.

EIN KLEINER SCHRITT FÜR DIE KOMMUNE ...



... ein großer Schritt für weltweit faire Arbeitsbedingungen

Kreise, Städte und Gemeinden leisten mit dem Einkauf fair produzierter Waren einen positiven Beitrag für Umwelt- und Sozialstandards und zur globalen Nachhaltigkeit. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt berät, fördert und vernetzt bei der Umsetzung von kommunalen Maßnahmen für Fairen Handel und Faire Beschaffung.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de



**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Foto: Stadtreinigung Hamburg

Hamburg: Über 30 Millionen kostenlose Gassi-Beutel fürs Hundegeschäft

Im Kampf gegen Hundekot in Grünanlagen und auf öffentlichen Straßen und Plätzen stellen die Stadtwerke Hamburg allen Hundebesitzern unentgeltlich Hundekotbeutel, sogenannte „Gassi-Beutel“ zur Verfügung. 2019 waren es mehr als 30 Millionen Stück. Der wesentliche Anteil der „Gassi-Beutel“ wird über örtliche Drogerieketten ausgegeben. Kostenlose Gassi-Beutel gibt es aber auch auf den 12 Recyclinghöfen der Stadtreinigung. Hamburgerinnen und Hamburger können sich die Beutel aber auch per Post zusenden lassen.



Jena: Stadt-App erleichtert Parkplatzsuche

In Jena soll die App MeinJena die Parkplatzsuche erleichtern und Staus vermeiden helfen. Unter dem Menüpunkt Mobilität werden Parkplätze und Parkhäuser angezeigt, außerdem die Parkgebühren und Öffnungszeiten. Die App greift auf erste Daten eines Parkleitsystems für Jena zu. Sie ist kostenfrei für die Betriebssysteme iOS und Android verfügbar und wurde bislang über 100.000 Mal heruntergeladen.

Weitere Informationen unter:
<https://www.meinjena.de>

Bremen: Für wirkungsvolle Suchtprävention ausgezeichnet

Bremen hat unter den kreisfreien Städten den ersten Preis des Bundeswettbewerbs „Vorbildliche Strategien zur kommunalen Suchtprävention“ gewonnen. Es folgten Delmenhorst und Dortmund. Unter den kreisangehörigen Kommunen gewann Pfullendorf vor Zeitz. Sonderpreise der Krankenkassen gingen nach Bielefeld, Dresden und Leipzig.

51 Beiträge waren für den vom Deutschen Institut für Urbanistik betreuten und von den kommunalen Spitzenverbänden und dem GKV-Spitzenverband unterstützten Wettbewerb eingereicht worden.

Dokumentation und Beiträge unter:
www.kommunale-suchtpraevention.de



Fotos: Jasco Denzel



Bundespräsident und Städtetag im Dialog mit italienischen Städten

Städtetagsvizepräsident Markus Lewe, Oberbürgermeister aus Münster, hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auf einer Kurzreise nach Italien begleitet. Gemeinsam mit dem italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella trafen beide mit mehreren italienischen und deutschen Stadtspitzen zusammen. Die Reise sollte in Corona-Zeiten die deutsch-italienischen Städtepartnerschaften stärken und die kommunale Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Als Münsteraner Oberbürgermeister schloss Lewe eine Klimapartnerschaft zwischen der Stadt Münster mit der Stadt Bologna. Außerdem verabredete er die Gründung eines deutsch-italienischen Gremiums, in dem Best-Case-Studien aus beiden Städten ausgetauscht werden sollen.



Urbane Mobilität in Europa für Menschen und Klima

Von Dr. Frank Mentrup



Seit 2017 koordiniert die Stadt Karlsruhe gemeinsam mit der Tschechischen Republik die „Themenpartnerschaft Urbane Mobilität“ (PUM). Acht Städte, zwei Regionen, fünf Staaten, zwei EU-Institutionen und sechs europäische Dachverbände haben hier dreieinhalb Jahre zusammengearbeitet. Den Rahmen dafür gibt die Städteagenda für die Europäische Union vor. Eine erste Bilanz zeigt Erfolge.

Mit dem Pakt von Amsterdam erhielten Städte eine Stimme in Europa. Noch mehr Gehör bekam diese mit den 14 thematischen Partnerschaften zwischen Akteuren der verschiedenen politischen Ebenen in der EU. Eine Stadt, eine nationalstaatliche Institution oder – wie bei der „Themenpartnerschaft Urbane Mobilität“ (PUM) – beide gemeinsam übernehmen die Koordination in einer Partnerschaft. Ziel der PUM ist es, integrierte Politiken und Maßnahmen für zentrale städtische Herausforderungen zu entwickeln und umzusetzen.

Als Koordinatorin leitete die Stadt Karlsruhe zusammen mit der Tschechischen Republik dreieinhalb Jahre diesen Prozess. Mit Bielefeld und zeitweise Ulm arbeiteten weitere deutsche Städte in der PUM mit.

Vision für urbane Mobilität, nicht nur in der Europäischen Union

Neben praktischen Maßnahmen für die Verkehrsplanung hat die PUM auch eine Vision entwickelt: Alle Menschen in Europa bewegen sich gesünder. Sie gehen mehr zu Fuß – weil Städte dazu ein attraktives Umfeld bieten. Verkehrsmittel mit umweltschonenden Antrieben fahren auf den Straßen Europas. Spürbare Folgen sind bessere Luft, weniger Lärm, weniger Verkehr. Mobilität ist finanziell und örtlich für alle erreichbar. Und verlässlich. Denn digitale und sonstige Angebote informieren immer aktuell über den städtischen Verkehr und kommunizieren mit den Menschen – individuell und standortabhängig. Dies ist die Basis für „mobility as a service“. Weiterer Teil der Vision: Ein Zentrum für Innovationen entwickelt Ideen für die Zukunft der Mobilität.

Ergebnisse einer erfolgreichen Partnerschaft – stadintern wie für die EU

Der internationale Blickwinkel ist letztlich für uns alle von zentraler Bedeutung – daher war das Treffen der politischen Repräsentanten der PUM zusammen mit dem PUM-Arbeits-treffen 2018 der „Höhepunkt der Partnerschaft“. Das Treffen fand auf der IT-TRANS statt; die Messe Karlsruhe richtet diese internationale Konferenz und Fachmesse für „intelligente Lösungen im öffentlichen Personenverkehr“ alle zwei Jahre aus, zusammen mit dem PUM-Partner UITP („Union Internationale des Transports Publics“). Bei einer weiteren internationalen Fachveranstaltung trafen sich 2019 beim EURO CITIES Mobility Forum Experten im Karlsruher Rathaus.

Die größte Stadt am Oberrhein hat nicht ohne Grund die führende Rolle innerhalb der PUM. Hier befruchteten sich fachliche Expertise und gelebte nachhaltige Mobilität gegenseitig: In Karlsruhe wurde die Zweisystem-Stadtbahn für eine umsteigefreie Stadt-Umland-Verbindung entwickelt, wir sind „europäische Carsharing-Hauptstadt“ und zudem dank konsequenter Förderung „Fahrradhauptstadt Deutschlands“. Dazu kommen die Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in Karlsruhe rund um das Thema Mobilität: Professorinnen und Professoren aus dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) oder der Hochschule für Technik und Wirtschaft beteiligten sich an der PUM. Karlsruhe zieht weiterhin Expertinnen und Experten aus europäischen Städten zu Rate, wenn es um die sanfte Mobilität, also per Rad und zu Fuß, und den Umweltverbund mit dem öffentlichen Nahverkehr geht. Gleichzeitig wird Karlsruhe in Fragen Mobilität von unseren Partnern konsultiert. Dies verdeutlicht die Auswirkung der PUM auf das kommunale Verwaltungshandeln.

Die PUM brachte inhaltlichen Fortschritt für die Mobilität in Europa und damit einen bleibenden Wert für europäische Städte. Sie hat die Zukunft der nachhaltigen urbanen Mobilitätsplanung (englisches Kürzel SUMP) mitgeprägt, zum Beispiel durch Best-Practice-Beispiele für die Zugänglichkeit zu öffentlichen Verkehrsmitteln, den Ausbau innovativer Busnetze, die Infrastruktur aktiver Mobilität und die Förderung entsprechender Verhaltensänderungen. Aber auch durch Zugangsregelungen für Fahrzeuge in Städten oder neue Mobilitätsdienste. Vor allem aber durch die Schaffung eines europäischen Rahmens zur Förderung der Innovation im Bereich städtischer Mobilität.

Die Stadtverwaltung Karlsruhe profitiert von der Arbeit für das europäische Projekt aber noch auf anderen Gebieten. Der intensive internationale Fachaustausch auf allen Verwaltungsebenen sowie mit Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen oder weltweit renommierten Unternehmen aus den Be-



Foto: Stadt Karlsruhe, Monika Müller-Gmellin

reichen Verkehr, Mobilität und Logistik sowie internationalen Verkehrsverbänden hat Europa und Karlsruhe weitergebracht. Die Fächerstadt, Sitz des international hoch angesehenen Zentrums für Kunst und Medien (ZKM) sowie des Bundesverfassungsgerichts, hat durch die Vernetzung noch mehr europäisches „Standing“ bekommen.

Pakt von Amsterdam und die „Strategie der Multi-Level-Governance“

Auch in meiner Arbeit als Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) lässt sich immer wieder feststellen, wie wichtig die Zusammenarbeit auf verschiedenen politischen Ebenen ist, die als europäische Strategie der Multi-Level-Governance auch im Pakt von Amsterdam festgelegt wurde. Dieser wurde am 30. Mai 2016 von den für die Städtepolitik zuständigen Ministerinnen und Ministern der EU-Mitgliedsländer ratifiziert und regelt die Grundsätze der Städteagenda für die Europäische Union.

Ziel der „Städteagenda für die EU“ ist die stärkere und frühzeitigere Einbeziehung städtischer Interessen und Bedarfe auf EU-Ebene („better regulation“), der erleichterte Zugang zu EU-Fördermitteln, Programmen und Finanzinstrumenten („better funding“) sowie ein verbesserter Erfahrungsaustausch zwischen Städten („better knowledge exchange“). Genau das sollen die Themenpartnerschaften leisten.

Für die Stadt und für die TechnologieRegion Karlsruhe, mit enger Verbindung zum Elsass, ist zudem der grenzüberschreitende Verkehr wichtig. Schluss mit Systemwechseln, etwa bei der intermodalen Mobilität vor und hinter der Grenze! In Corona-Zeiten hat die Grenze angesichts der Probleme für Pendlerinnen und Pendler aus anderen Staaten wieder deutlich an Aktualität gewonnen. Im Zuge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft soll das Thema „Urbane Mobilität“ mit der Verabschiedung der Neuen Leipzig Charta im November 2020 beim informellen „Ministertreffen zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt“ erneut zur Sprache kommen.

Die PUM hat aber noch einen weiteren Bezug zur aktuellen EU-Politik, nämlich den European Green Deal. Karlsruhe sieht in der Übernahme von Verantwortung für die Mobilitätswende durch die Städte einen zentralen Baustein für den Klimaschutz. Dies findet sich im neuen Klimaaktionsplan entsprechend wieder, den der Gemeinderat vor einem halben Jahr verabschiedet hat und der einen wichtigen Schwerpunkt beim Thema Mobilität setzt.

Dr. Frank Mentrup
Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe
Präsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Infos zu weiterführenden Links:

Partnerschaften der Urbanen Agenda (Englisch)

<https://www.urban-agenda.eu/>

Themenpartnerschaft Urbane Mobilität (Englisch)

<https://ec.europa.eu/futurium/en/urban-mobility>

Themenpartnerschaft Urbane Mobilität (Deutsch)

<https://www.karlsruhe.de/b4/international/pum.de>

Schlaglicht Europa - Europabericht Karlsruhe 2016-2018 (Deutsch)

<https://bit.ly/2ZTc1w5>

IT-TRANS

<https://www.it-trans.org/de>



Foto: karlsruhe.digital, Dennis Dorwarth



Digitale Bürgerdialoge in Oestrich-Winkel, Foto: Besim Mazhiqi

Wie kann Bürgerbeteiligung in Corona-Zeiten gut funktionieren?

Die Antwort darauf könnten „Digitale Bürgerdialoge für Kommunen“ sein. Dortmund, Castrop-Rauxel, Pforzheim, Schwelm, Coburg, Duderstadt, Geilenkirchen, Oestrich-Winkel, Kleinmachnow und Eltville sind die bundesweit zehn Pilotkommunen, die für ein bundesweites Projekt der Bertelsmann Stiftung aufgenommen wurden. Dort wird das Konzept „Digitale Bürgerdialoge für Kommunen“ aktuell erprobt und Bürgerveranstaltungen ins Internet verlegt. Bis zu 75 Bürgerinnen und Bürger können in dem digitalen Format über einen Zeitraum von rund zwei Stunden zusammenkommen und im Plenum und in Kleingruppen diskutieren. Neben der Information geht es um den persönlichen Austausch, Feedback und Verbesserungsideen. Um Menschen zu erreichen, die sonst nicht an dieser Art von Veranstaltungen teilnehmen, werden Einladungen per Zufallsauswahl verschickt. Nach Abschluss der Pilotphase will die Bertelsmann Stiftung die Erfahrungen als Handreichung allen Kommunen zur Verfügung stellen und außerdem ein Online-Seminar konzipieren.

Weitere Informationen unter:

<https://t1p.de/digitale-buergerdialoge-in-zeiten-von-corona>

<https://t1p.de/projektaufakt>

„Fahrrad-Klima-Test 2020“ gestartet

Wie ist es um die Fahrradfreundlichkeit von Städten und Gemeinden bestellt? Das will der Fahrradclub ADFC gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur herausfinden und hat den Fahrrad-Klima-Test 2020 gestartet. Der Test soll eine Standortbestimmung sein in Sachen Fahrradfreundlichkeit und er soll helfen, Stärken und Schwächen zu erkennen. Bei der Online-Umfrage werden 27 Fragen zur Fahrradfreundlichkeit gestellt – beispielsweise, ob das Radfahren Spaß oder Stress bedeutet, ob die Radwege von Falschparkern freigehalten werden und ob sich das Radfahren insgesamt sicher anfühlt. Der ADFC hofft auf ein breites Spektrum an Teilnehmenden. Gefragt ist die Meinung aller Bürgerinnen und Bürger als Experten vor Ort, nicht nur der von engagierten Radfahrerinnen und Radfahrern. 170.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich bei der letzten Umfrage 2018 beteiligt, 40 Prozent mehr als 2016.

Die Umfrage läuft noch bis zum 30. November 2020:

www.fahrradklima-test.adfc.de.

Die Ergebnisse gibt es im Frühjahr 2021.

Neu im Amt



Foto: Jo Magrean

Aachen: Neue Oberbürgermeisterin von Aachen wird **Sibylle Keupen** (parteilos, Kandidatin von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN). Sie folgt auf Marcel Philipp, der nach elf Jahren im Amt nicht mehr zur Wahl angetreten war. Der Christdemokrat engagiert sich seit 2014 in Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Bruno Wansing

Bocholt: **Thomas Kerkhoff** wurde zum neuen Bürgermeister von Bocholt gewählt. Der Christdemokrat übernimmt das Amt von Peter Nebelo (SPD), der nicht mehr kandidiert hatte. Nebelo steht seit 2004 an der Stadtspitze.



Foto: Sandra Thien

Bonn: In Bonn wurde **Katja Dörner** (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) zur neuen Oberbürgermeisterin gewählt. Sie übernimmt das Amt von Ashok Sridharan, der seit 2015 Oberbürgermeister der Stadt ist. Der CDU-Politiker engagiert sich seit 2015 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Stadt Dortmund

Dortmund: Neuer Oberbürgermeister von Dortmund wird **Thomas Westphal**. Der Sozialdemokrat folgt auf Ullrich Sierau (SPD), der nicht mehr zur Wahl angetreten war. Sierau leitet die Geschicke der Stadt seit 2010 und ist seit 2015 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Frank Peter Ullrich

Düren: **Frank Peter Ullrich** wird neuer Bürgermeister von Düren. Der Sozialdemokrat folgt auf Paul Larue, der seit 1999 Bürgermeister ist. Der Christdemokrat war nicht mehr zur Wahl angetreten. Larue engagiert sich seit 2015 im Präsidium und seit 2014 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Dr. Stephan Keller

Düsseldorf: In der Landeshauptstadt Düsseldorf wurde **Dr. Stephan Keller** zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Der Christdemokrat übernimmt das Amt von Thomas Geisel (SPD), der seit 2014 im Amt ist. Geisel ist seit 2014 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Stadt Gelsenkirchen

Gelsenkirchen: Neue Oberbürgermeisterin von Gelsenkirchen wird **Karin Welge**. Die Sozialdemokratin folgt auf Frank Baranowski (SPD). Er kandidierte nicht mehr und steht seit 2004 an der Stadtspitze. Baranowski engagiert sich seit 2015 im Präsidium und seit 2004 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: fotostudio susanne clemens

Gütersloh: In Gütersloh wird **Norbert Morkes** (BfGT – Bürger für Gütersloh) neuer Bürgermeister. Er folgt auf Henning Schulz (CDU), der das Amt seit 2015 bekleidet.



Foto: Henry Kurtz

Hoyerswerda: **Torsten Ruban-Zeh** wird neuer Oberbürgermeister der Stadt Hoyerswerda. Der Sozialdemokrat übernimmt das Amt von Stefan Skora (CDU), der nach 14 Jahren Amtszeit nicht mehr zur Wahl antrat.



Foto: Stefan Voelker

Mönchengladbach: **Felix Heinrichs** (SPD) wird neuer Oberbürgermeister von Mönchengladbach und mit 31 Jahren dann auch jüngster Oberbürgermeister im Land Nordrhein-Westfalen. Er wird Nachfolger von Hans Wilhelm Reiners, der sich nicht mehr zur Wahl stellte. Der Christdemokrat ist seit 2014 Oberbürgermeister von Mönchengladbach und engagiert sich seit 2015 im Präsidium und seit 2014 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Raatz

Hamm: Neuer Oberbürgermeister von Hamm wird der Sozialdemokrat **Marc Herter**. Er folgt auf Thomas Hunsteger-Petermann, der seit 21 Jahren an der Spitze der Stadt steht und dienstältester Oberbürgermeister in NRW ist. Der Christdemokrat engagiert sich seit 2009 im Hauptausschuss und seit 2015 im Präsidium des Deutschen Städtetages.



Foto: www.frankpreuss.de

Gladbeck: **Bettina Maria Weist** wird neue Bürgermeisterin von Gladbeck. Die Sozialdemokratin folgt auf Ulrich Roland (SPD), der nicht mehr zur Wahl antrat und seit 16 Jahren Bürgermeister der Stadt ist.



Foto: Tölle Studios

Iserlohn: In Iserlohn wird **Michael Joithe** (Die ISERLOHNER) neuer Bürgermeister. Er folgt auf Dr. Peter Ahrens (SPD), der am 1. Oktober 2019 in den Ruhestand gegangen war. Die Leitung der Stadtverwaltung hatte seitdem der Erste Beigeordnete und Stadtkämmerer Michael Wojtek übernommen.



Foto: Walter Schenkein

Mülheim an der Ruhr: Neuer Oberbürgermeister von Mülheim an der Ruhr wird **Marc Buchholz**. Der Christdemokrat folgt auf Ulrich Scholten (SPD), der nicht mehr kandidierte. Scholten leitet seit 2015 die Geschichte der Stadt.



Foto: CDU-Fraktion Witten

Witten: In Witten wurde **Lars König** zum neuen Bürgermeister gewählt. Der Christdemokrat folgt auf Sonja Leidemann (SPD), die seit 2004 Bürgermeisterin ist.

Wiederwahl



Foto: Katrin Biller

Bielefeld: Pit Clausen, Oberbürgermeister von Bielefeld, wurde wiedergewählt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2009 die Geschicke der Stadt. Seit 2015 engagiert er sich im Präsidium und seit 2009 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Außerdem ist er Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Wolf Sonderrmann

Wuppertal: Uwe Schneidewind (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) wird neuer Oberbürgermeister von Wuppertal. Er tritt die Nachfolge von Andreas Mucke (SPD) an, der das Amt seit 2015 innehat.



Foto: Martin Steffen

Bochum: Der Oberbürgermeister der Stadt Bochum, **Thomas Eiskirch** (SPD), steht weiterhin an der Stadtspitze. Der Sozialdemokrat ist seit 2015 Oberbürgermeister. Er engagiert sich zudem seit 2018 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Nach dem Wahlsieg feiert Thomas Eiskirch am 4. November seinen 50. Geburtstag.



Foto: SPD Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel: Der Bürgermeister der Stadt Castrop-Rauxel, **Rajko Kravanja**, bleibt Bürgermeister. Der Sozialdemokrat hat das Amt seit 2015 inne.



Foto: CDU Essen

Essen: Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen, wurde wiedergewählt. Der Christdemokrat leitet seit 2015 die Geschicke der Stadt Essen. Ebenfalls seit 2015 ist er Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages.



Foto: Stadt Bottrop

Bottrop: Oberbürgermeister **Bernd Tischler**, wurde in seinem Amt als Oberbürgermeister der Stadt Bottrop bestätigt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2009 die Geschicke der Stadt.



Foto: Michael Kaub, Stadt Hagen

Hagen: Oberbürgermeister **Erik Olaf Schulz** (parteilos) wurde in seinem Amt in der Stadt Hagen bestätigt. Er hat seit 2014 das Spitzenamt inne.



Foto: Danny Frede

Köln: **Henriette Reker** (parteilos) bleibt Oberbürgermeisterin von Köln. Sie steht seit 2015 an der Stadtspitze und engagiert sich seit 2017 im Präsidium des Deutschen Städtetages.



Foto: Hansesstadt Herford

Herford: **Tim Kähler** bleibt Bürgermeister der Stadt Herford. Der Sozialdemokrat leitet die Geschicke der Stadt seit 2014.



Foto: Stadt Krefeld

Krefeld: Oberbürgermeister **Frank Meyer**, Stadt Krefeld, wurde wiedergewählt. Der Sozialdemokrat leitet die Geschicke der Stadt seit 2015.



Foto: Stefan Kuhn

Herne: Der Oberbürgermeister der Stadt Herne, **Dr. Frank Dudda**, wurde wiedergewählt. Der Sozialdemokrat steht seit 2015 an der Spitze der Stadt.



Foto: Stadt Leverkusen

Leverkusen: Der Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, **Uwe Richrath**, wurde wiedergewählt. Der Sozialdemokrat steht seit 2015 an der Spitze der Stadt.



Foto: mangual.design

Neuss: **Reiner Dieter Breuer**, Bürgermeister der Stadt Neuss, bleibt weiter im Amt. Der Sozialdemokrat steht seit 2015 an der Stadtspitze. Er engagiert sich seit 2015 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Stadt Münster

Münster: Oberbürgermeister **Markus Lewe**, Stadt Münster, wurde im Amt bestätigt. Der Christdemokrat steht seit 2009 an der Spitze der Stadt. Außerdem ist er Vizepräsident des Deutschen Städtetages und war 2018 bis Juni 2019 Präsident. Bereits seit 2013 engagiert er sich im Präsidium und seit 2015 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Fabian Strauch / CDU Oberhausen

Oberhausen: Der Oberbürgermeister von Oberhausen, **Daniel Schranz**, wurde wiedergewählt. Der Christdemokrat hat sein Amt seit 2015 inne.



Foto: Stadt Recklinghausen

Recklinghausen: Bürgermeister **Christoph Tesche**, Stadt Recklinghausen, steht weiter an der Stadtspitze. Der Christdemokrat leitet die Geschicke der Stadt seit 2014 und ist seit 2015 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: www.achenbach-fotografie.de

Siegen: Steffen Mues bleibt Bürgermeister der Stadt Siegen. Der Christdemokrat steht seit 2007 an der Stadtspitze.



Foto: Stadt Viersen

Viersen: Die Oberbürgermeisterin der Stadt Viersen, **Sabine Anemüller**, steht weiter an der Stadtspitze. Die Sozialdemokratin hat das Amt seit 2015 inne und engagiert sich seit 2015 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Stadt Remscheid/Thomas E. Wunsch

Remscheid: Der Oberbürgermeister der Stadt Remscheid, **Burkhard Mast-Weisz**, wurde wiedergewählt. Der Sozialdemokrat steht seit 2014 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit 2015 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Ruprecht Stempell

Solingen: Oberbürgermeister **Tim-Oliver Kurzbach**, Stadt Solingen, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat leitet die Geschicke der Stadt seit 2015.



Foto: Stadt Kaiserslautern

Dr. Klaus Weichel, Oberbürgermeister der Stadt Kaiserslautern, wird am 29. November 65 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2007 an der Spitze der Stadt.

Geburtstage



Gemeinsam allem gewachsen.



Gerade jetzt ist Zusammenhalt wichtiger denn je. Darum machen wir uns für die stark, die sich für die Gemeinschaft stark machen. Und unterstützen Künstler, Sportler, Unternehmer vor Ort und all diejenigen, die sich für andere einsetzen.

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32 | 50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya

Titelbild: Siegerentwurf für die neue
Stadtbibliothek Mannheim, Foto: Stadt
Mannheim / Bruno Fioretti Marquez